

Protokollauszug

aus der
23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport
vom 16.11.2005

öffentlich

Top 3 Sonstiges

- Ganzttag

Frau Drohla verweist auf die Beratung der AG Jugendhilfe-Schule, wo die Problematik Ganzttag angesprochen wurde. Um den Ganzttag und die Präsenzpflcht der Lehrer sicherzustellen, ist die Erfüllung von sächlichen Mindeststandards erforderlich. Es ist zu prüfen, inwieweit in diesen Schulen eine sächliche Aufwertung durch entsprechende Ausstattung erfolgen kann. Hier sei dringend eine Entscheidung erforderlich.

- Schließung Bibliothek Im Kirchsteigfeld

Frau Drohla spricht das Problem Schließung der Außenstelle der Stadt- und Landesbibliothek im Kirchsteigfeld an. Die Grundschulen 20 und 56 hätten Kooperationsbeziehungen mit der Bibliothek, man sollte andere Nutzungen finden.

Herr Kümmel bemerkt, dass die SPD-Fraktion dazu einen Antrag stellen wird. Es muss eine Nachnutzung gefunden werden, um die Wohngebietsfunktion zu erhalten.

Herr Rieger spricht sich für den Erhalt aus.

Frau G. Fischer verweist darauf, dass Frau Mattekatz im Kulturausschuss ein Konzept vorgestellt hat. Der Bibliotheksstandort Kirchsteigfeld wird so nicht angenommen und bewegt die Verwaltung schon einige Jahre. Das Konzept ist aufgrund der Umfeldbedingungen nicht aufgegangen. Aufgrund der Haushaltssituation muss überlegt werden, wie mit dem Standort umgegangen wird.

- Pierre de Coubertin-Oberschule

Frau Drohla verweist auf einen Brief der Pierre de Coubertin-Oberschule (39) an alle Fraktionen. Die Schule ist seit 1992 Ganzttagsschule und fordert die Erhaltung des Schulgebäudes.

Herr Weiberlenn informiert, dass die Schule 39 für das Fachkabinett Wirtschaft/Arbeit/Technik 29 TEuro erhalten hat. Die Antragstellung aus dem Jahr 2004 ist im MBS bis Mai 2005 liegen geblieben, weil man sich unsicher war, ob 7. Klassen gebildet werden. Beim MBS wurden Mittel für eine Lehrküche beantragt. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Gegen den Ablehnungsbescheid hätte man klagen können. Darauf wurde aufgrund der geringen Aussicht auf Erfolg verzichtet und der Antrag in das Jahr 2006 übertragen.

Frau H. Fischer verweist mit Nachdruck darauf, dass der Grund darin liegt, dass die Verwaltung nicht sagen kann, an welcher Schule werden 7. Klassen eröffnet und an welcher Schule nicht. Für den Beschluss ist die SVV zuständig.

- Potsdam-Kolleg

Frau Lehmann spricht einen Brief an, wo es um den Umzug des Potsdam-Kollegs nach Potsdam geht.

Frau H. Fischer verweist auf einen 1. Entwurf des Brandenburger Schulgesetzes, der weder eine Abendschule noch ein Kolleg, sondern ein Weiterbildungskolleg vorsieht. Träger sind Landkreise oder kreisfreie Städte. Träger der Abendschule ist die Stadt Potsdam. Träger des Kollegs kann der Landkreis PM oder die Stadt Potsdam sein. Das MBS hat die Bitte an die Stadt Potsdam herangetragen eine Lösung zu finden. Dazu ist eine Raumplanung erfolgt. Die Abendschule ist räumlich erweiterbar. Unklar ist die Finanzierung. Das Ministerium muss sagen, wie der Zuschuss für den künftigen Träger aussieht. Der Schulleiter des Kollegs ist mit den Ergebnissen unzufrieden.

Herr Weiberlenn ergänzt, dass ein Gespräch im MBS geführt wurde. Unterrichtsräume sind für beide Bildungsgänge im Haus der Abendschule vorhanden und das Haus wäre ausgelastet. Nicht vorhanden sind Verwaltungsräume für zwei Schulleitungen.

- Elternbrief Grundschule am Griebnitzsee

Frau Dr. Lotz informiert über einen Elternbrief, in dem Probleme mit dem Raumklima in der Grundschule 33 angesprochen werden. Es gäbe einen langen Vorgang mit der Verwaltung. Sie bittet Abhilfe zu schaffen.

Frau G. Fischer merkt an, dass im Geschäftsbereich 2 der Vorgang nicht bekannt sei. Es ist möglich, dass sich die Eltern an die KIS gewandt haben. Das wird geprüft.

AG-Schulentwicklung

Frau H. Fischer informiert, dass ein fraktionsübergreifendes Gespräch mit Vertretern des Fachbereiches Schule und Sport, des Jugendamtes und dem Staatlichen Schulamt zur Verständigung über die Schulentwicklungsplanung in der Sek I stattgefunden hat. Die Stadt steht unter Zugzwang was das Ü 7-Verfahren betrifft. Die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer brauchen eine Perspektive. Wir müssen sagen, an welchen Schulstandorten weiter unterrichtet wird. Die **nächste AG berät am 01.12.2005** um 16.30 Uhr im Haus 10 Raum 205. Alle Ausschussmitglieder sind zu aktiver Mitarbeit eingeladen. Weiterhin gab es eine Beratung mit den Schulleitern aller Gymnasien. Die Schulleiter haben darum gebeten, die SVV möge endlich zwingend notwendige Entscheidungen treffen.